

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
– Drucksache 13/6610 –

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 13/6609 –

**Für Demokratie und den Schutz von Minderheiten – gegen Rechts-
extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt**

I.

Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt,“ und die Gleichheitsrechte des Art. 3 des Grundgesetzes und der Art. 17, 18, 19 der Verfassung für Rheinland-Pfalz sind Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in unserem Land. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zu Lasten von Minderheiten und Menschen anderer Herkunft sind ein Angriff auf diese Grundlagen.

Der Landtag verurteilt Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt mit Entschiedenheit und nimmt nicht hin, dass gewalttätige Ausschreitungen gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft, Flüchtlinge, behinderte Menschen, Homosexuelle und Obdachlose zu alltäglichen Ereignissen werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung, Herkunft, Hautfarbe, Sprache, seines Glaubens, seiner ethnischen Zugehörigkeit oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Jegliche Diskriminierung von Minderheiten ist zu ächten.

Der Landtag steht auf der Seite der Opfer von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straf- und Gewalttaten und will deren Schutz präventiv verbessern. Er tritt rassistischen Vorurteilen und rechtsextremer, ausländerfeindlicher, antisemitischer und gewaltbereiter Propaganda mit Entschlossenheit entgegen und will Zivilcourage stärken. Der Landtag appelliert demgemäß insbesondere an die Städte und Gemeinden, sich für Gemein Sinn, ein solidarisches Gemeinleben aller Einwohnerinnen und Einwohner und für Toleranz noch stärker zu engagieren. Menschen und Organisationen, die sich hierfür einsetzen, verdienen unseren Respekt und haben unsere politische Unterstützung.

II.

Der Landtag stellt fest, dass politische Kampagnen der jüngeren Vergangenheit gegen den angeblichen Missbrauch des Asyl- und Ausländerrechts dazu beigetragen haben, vorhandene Probleme undifferenziert zu betrachten und damit die Resonanz rechtsextremistischer Propaganda zu verstärken. Der Landtag erteilt allen Versuchen, die politische Auseinandersetzung auf Kosten von Minderheiten zu führen, eine klare Absage.

Rechtsextremistische Gewalt gegen Minderheiten ist kein Randproblem, sie beschädigt unsere Gesellschaft im Zentrum und gefährdet ihre Zukunftschancen. Der Landtag begrüßt deshalb die klaren Stellungnahmen von Gewerkschaften, Industrieverbänden und Kirchen und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger gegen rechtsextremistische Propaganda und Gewalt. In der Familie, am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Leben kann und muss jeder seinen Beitrag leisten, um eine Mentalität des Wegsehens erst gar nicht aufkommen zu lassen.

III.

Der Landtag dankt allen Jugendverbänden, Jugendgruppen, Initiativen und Vereinen, die eine besondere Leistung für die Erziehung und Orientierung junger Menschen zu Solidarität und Mitverantwortung einbringen. Diese Verbände, Vereine und Initiativen müssen durch die rheinland-pfälzische Jugendpolitik nachhaltig gefördert werden.

IV.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in Zusammenarbeit mit den Kommunen Anlaufstellen einzurichten, die rechtliche und soziale Beratung und Unterstützung von Opfern von Gewalt anbieten;
2. die Öffentlichkeit über das Ausmaß von Diskriminierung und Gewalt durch rechtsextremistische Umtriebe regelmäßig zu informieren;
3. die Aufklärung, Ausbildung und Beratung aller mit Rechtsextremismus befassten Stellen durch ein eigenes Aktionsprogramm des Landes weiter zu verbessern, damit in den Kommunen, den Schulen und bei der Polizei kompetent und qualifiziert auf rechtsextremistische Aktivitäten und Gewalt vor Ort reagiert werden kann;
4. gezielt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass rechtsextremistisches und rassistisches Gedankengut keine Chance hat;
5. im Rahmen des geltenden Rechts eine konsequente und zügige Strafverfolgung und zeitnahe Gerichtsverfahren sicherzustellen, Polizei und Sicherheitsbehörden für das Problem rechtsextremer Gewalt stärker zu sensibilisieren und besser auszubilden, Staatsanwaltschaften und Landeskriminalämter durch entsprechende Ausrüstung zu befähigen, Anzeigen gegen Straftaten im Internet schneller zu bearbeiten;
6. die bisherigen Formen der Jugendarbeit dahin gehend weiter zu entwickeln, dass sichergestellt wird, dass ihre Angebote allen Jugendlichen offen stehen und der Dominanz einzelner Gruppen entgegengewirkt wird;
7. ein Jugend-Aktions-Programm gegen Aggression, Gewalt und Rechtsextremismus insbesondere zur gezielten Unterstützung und Stärkung demokratischer Jugendkulturen und Jugendarbeit vor Ort aufzulegen;
8. ein eigenständiges Landesprogramm zur Förderung des Jugendaustausches zu initiieren, um das Ziel zu erreichen, dass alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit wenigstens einmal Eindrücke und Erfahrungen im Ausland sammeln können;
9. Gruppen und gesellschaftliche Initiativen, die sich für die Demokratie und gegen Rassismus engagieren, politisch und materiell zu fördern;
10. ein Konzept für Maßnahmen einer aktiven Integrations- und konsequenten Antidiskriminierungs- und Minderheitenpolitik vorzulegen und umzusetzen;
11. die vor Ort bestehenden „runden Tische gegen Gewalt“ aktiv von Landesseite aus zu unterstützen sowie die Gründung neuer Initiativen zu fördern.

Für die Fraktion:
Friedel Grützmacher